

Fakten und Chancen - Eine Bestandsaufnahme nach den ungarischen Kommunalwahlen 2010

Marianna Bíró
Journalistin, Népszava

1. Einsätze und Chancen

Bei den ungarischen Kommunalwahlen am 3. Oktober erhielt die seit April 2010 regierende konservative FIDESZ-Partei von Ministerpräsident Viktor Orban rund 400.000 Stimmen mehr als vor vier Jahren, während die Zahl der Stimmen für die ungarischen Sozialisten (MSZP) auf die Hälfte zurückging. Die im April neu ins Parlament gewählten Rechtsradikalen der Jobbik-Partei gewannen etwa halb so viele Stimmen wie die MSZP, während die grün-bürgerliche LMP – ebenfalls neu im ungarischen Parlament vertreten - ungefähr ein Viertel der Anzahl der Jobbik-Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die restlichen Stimmen gingen an örtliche Organisationen und unabhängige Kandidaten.

Dieser von Viktor Orban als „historisch“ bezeichneter Wahlsieg seiner Partei war nach dem Ausgang der Parlamentswahlen im April allgemein – und auch von den Oppositionsparteien selbst - erwartet worden. Wohl eher unerwartet dürfte die Regierung dagegen der zwar geringe, aber stellenweise doch überraschende Erfolg der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) getroffen haben. Immerhin kann die MSZP als Erfolg verbuchen, trotz beträchtlicher Einbußen gegenüber ihrer früheren Position einige wichtige Gemeinden gehalten zu haben. Die

Frage ist nur, inwieweit ein Wählerstimmenanteil von einem Drittel im Vergleich zu den Regierungsparteien tatsächlich ein Erfolg ist.

Im Grunde genommen war schon im Frühjahr der Ausgang der Kommunalwahlen klar, nachdem FIDESZ und KDNP bei den Parlamentswahlen eine verfassungsgebende Zweidrittelmehrheit erreicht hatten. Angesichts dieser Tatsache waren sich alle Analysten einig, dass die Regierungsparteien, wenn sie denn keine groben Fehler machen, auch in den kommunalen Abgeordnetengremien im Oktober eine stabile Mehrheit erzielen werden. Darüber hinaus prognostizierten verschiedene Meinungsumfragen, dass sie alle Bürgermeisterämter in den kreisfreien Städten gewinnen könnten. Diese FIDESZ-Vormacht wurde dann auch durch die Ergebnisse bestätigt, wobei die MSZP den Bürgermeister in nur einer einzigen kreisfreien Stadt stellt. In großem Maße erschwert werden die Möglichkeiten für eine „Nicht-FIDESZ“-Politik durch die Gegensätze unter den Oppositionsparteien, das neue Wahlsystem sowie die Enttäuschung der MSZP-Wähler und deren Fernbleiben von den Wahlen.

Insgesamt gesehen scheint es jedoch, als wäre derzeit unter den Parlamentsparteien allein der MSZP noch eine Chance auf die

Rolle einer Partei des Wechsels geblieben, und auch das nur auf lange Sicht. Die Jobbik-Partei ist zurückgefallen, die gesellschaftliche Basis der LMP ins Wanken geraten. Die grün-bürgerliche Partei verfügt offenbar über keine stabile Wählerschaft. Zur Entstehung und zum Erstarken der beiden Kleinparteien haben nämlich die sogenannten Protestwähler beigetragen – diejenigen Wahlbürger, die von der vorherigen Regierung und politischen Elite enttäuscht, ja aufgebracht sind und sich gleichzeitig zu einer gemäßigten Ideologie bekennen, die von einer der größeren politischen Kräfte vertreten wird.

Bei einem Vergleich der Stimmenanteile vom Frühjahr mit den jetzigen Wahlergebnissen für das Budapester Stadtparlament und die Komitatsparlamente wird deutlich, dass FIDESZ-KDNP nunmehr 261 Abgeordnetenmandate gewonnen hat, was einem um 2,3 % besseren Resultat als im Frühjahr entspricht. Dies bestätigt auch, dass die Regierungsparteien tatsächlich den größten Wahlerfolg in ihrer Geschichte erreicht haben. Neben einer weiteren Stärkung der Regierungsmacht veränderte sich aber auch die Beurteilung der anderen drei Parlamentsparteien ganz erheblich.

Verglichen mit den Frühjahrsergebnissen hat die MSZP 15,6 Prozent hinzugewonnen, konnte jedoch auch damit nur insgesamt 89 Abgeordnetenmandate auf sich vereinen. In diesem Zusammenhang lässt sich auch eine Trendveränderung in der öffentlichen Meinung beobachten, da sich die Jobbik-Partei, die 19 Prozent weniger Stimmen erhielt als erhofft und damit als rechtsgerichtete Partei nur 61 Abgeordnete in die Kommunalvertretungen entsenden kann, in der Wählergunst doch beträchtlich von der MSZP entfernt hat. Größter Verlierer der Wahlen am 3. Oktober ist jedoch die Partei *Lehet Más a Politika* (Politik-Kann-Anders-Sein), die kaum Komitatslisten aufstellen konnte und daher nur mit spärlichen 5 Abgeordneten in Komitatsparlamenten vertreten sein wird.

2. Das System

Außer den Positionen im Wettbewerb um Popularität zeigen die Ergebnisse auch die Verzerrungen in der Struktur örtlicher Ge-

bietskörperschaften, die aufgrund der Maßnahmen seitens der Regierungsparteien mit ihrer Zweidrittelmehrheit radikalen Veränderungen unterzogen wurde. So hat die FIDESZ-Zweidrittelmehrheit einerseits die Anzahl der Vertreter in örtlichen Gebietskörperschaften gesenkt sowie andererseits die Wahlkreisgrenzen nach Belieben neu festgelegt und auch die vorgeschriebene Anzahl an Wahlempfehlungszetteln, die für eine Kandidatur erforderlich sind, angehoben. Dieses System begünstigt die großen Parteien, denn bei den bisherigen Wahlen war es so, dass auch einige Zivilorganisationen mit einer Liste ins Rennen gehen und so Mandate gewinnen konnten, was ihnen jetzt verwehrt war. Beispiel dafür ist die LMP, die nur in einigen wenigen Komitaten eine Liste zustande bringen konnte. Während vor vier Jahren 14 verschiedene Organisationen in 10 Komitatsparlamente einzogen, sitzen jetzt nur noch in insgesamt 5 von ihnen zivile Abgeordnete. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die strengen Regelungen für die Listenaufstellung zwar die Chancen für zivile Organisationen und Unabhängige verschlechterten, das Gewicht der Letzteren in den kommunalen Gebietskörperschaften aber nicht wesentlich gesunken ist: In der überwiegenden Mehrheit werden kleine Gemeinden auch weiterhin von zivilen Akteuren geleitet.

3. Budapest*

1998 konnte der seit dem Systemwechsel 1990 amtierende liberale OB Gábor Demszky zum letzten Mal die absolute Stimmenmehrheit erzielen, was diesmal dem OB-Kandidaten des FIDESZ, István Tarlós, auch ohne die Stimmen der Wechselwähler gelungen ist: Für den Oberbürgermeisterkandidaten des Parteienbündnisses FIDESZ-KDNP stimmten etwa 20.000 Wähler mehr als für dessen Parteienliste. Auf den zweiten Platz kam der MSZP-Kandidat Csaba Horváth, der zwar fast 10 Prozent mehr Stimmen erhielt als prognostiziert, aber dennoch weit hinter dem Kandidaten der Regierungsparteien zurückblieb. Für eine Überraschung sorgten auch bei den Ober- und Bezirksbürgermeisterwahlen wohl am ehesten die beiden kleinen Partei-

* Siehe detaillierte Ergebnisse in beigelegter Tabelle

en LMP und Jobbik mit ihrem Kopf-an-Kopf-Rennen und, gemessen an den Vorhersagen, schwachen Abschneiden. Analysten zufolge wählten trotz des überlegenen FIDESZ-Sieges die MSZP-Anhänger in Budapest am konsequentesten, obwohl viele von ihnen den Urnen unter Berufung auf den vorhersehbaren Wahlausgang fernblieben.

Zweifellos trug die niedrige Wahlbeteiligung dazu bei, dass die Regierungsparteien die Mehrheit nicht nur im Budapester Stadtparlament, sondern auch in den meisten Gebietskörperschaften erringen konnten. Unabhängig davon schnitt die MSZP in Budapest etwas besser als von ihnen erwartet ab: In den Stadtbezirken XIII, XIX und XX stellen sie weiterhin den Bürgermeister, und in Soroksár siegte erneut der von ihnen traditionell als Unabhängiger unterstützte Ferenc Geiger. Aus den Angaben zu den Abgeordnetengremien geht allerdings hervor, dass sich nur der langjährige MSZP-Bürgermeister József Tóth keine Sorgen zu machen braucht: in seinem Stadtbezirk Angyalföld haben in allen 14 Einzelwahlkreisen MSZP-Kandidaten den Sieg davongetragen, während in den anderen gewonnenen Bezirken die Kommunalverwaltung gegen eine FIDESZ-Mehrheit wird geleitet werden müssen.

4. Komitate und Bürgermeister

In den meisten Städten mit Komitatsrecht hatte sich der FIDESZ schon vor vier Jahren das höchste Amt gesichert. In diesem Jahr nun stellt die Regierung mit Ausnahme von Szeged überall, d. h. in 22 von 23 Städten, den Bürgermeister, die alle eine bequeme FIDESZ-Mehrheit in den Stadtparlamenten hinter sich wissen. Der einzige MSZP-Bürgermeister László Botka wird es dagegen im Stadtparlament von Szeged mit 14 Fidesz-, 12 MSZP-, 1 LMP- und 1 Jobbik-Abgeordneten zu tun haben. Somit kann der FIDESZ tatsächlich bei der Leitung aller Städte mit Komitatsrecht mitreden.

Auch in den politisch mehr oder weniger relevanten Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern ist die Dominanz des FIDESZ offenkundig. Verglichen mit den Ergebnissen von 2006 konnte er die Zahl seiner Bürgermeister verdoppeln, während die der

MSZP-Bürgermeister auf ein Drittel zusammenschumpfte. Nur in Ajka, Dorog, Kazincbarcika, Komárom, Makó, Nyírbátor, Sajószentpéter, Szentés und Tiszaújváros besetzt die MSZP auch weiterhin das Amt des Bürgermeisters (zuzüglich natürlich der Bürgermeisterämter in kleinen Gemeinden und Budapester Stadtbezirken). Ausschließlich in der Stadt Tiszavasvári, und darüber hinaus in zwei Kleingemeinden, konnte die Jobbik-Partei gewinnen, während die LMP allein in der ebenfalls kleinen Gemeinde Ivád das Bürgermeisteramt besetzen kann. Interessant ist hierbei, dass die MSZP 21 Bürgermeisterkandidaten weniger als die Jobbik-Partei aufgestellt hat, von denen immerhin jeder Vierte, insgesamt 49, die Wahl gewinnen konnte, während die rechtsextreme Partei noch nicht einmal in den kleinen Gemeinden, die sie vorher als ihr Terrain bezeichnet hatte, erfolgreich war.

5. Positionsgewinne

Im Hinblick auf Positionsgewinne haben LMP und Jobbik relativ am besten abgeschnitten, denn 2006 hatten sie kein einziges Mandat gewonnen. Nunmehr entfallen auf sie insgesamt 92 Abgeordnetensitze. Die neuen Parlaments-Parteien gewannen nach den April-Wahlen auch auf der kommunalen Ebene weiter an Boden, wenn auch vorerst nicht in signifikantem, ja im Gegenteil, eher sinkendem Maße. Für den FIDESZ stand bei den Kommunalwahlen direkt nichts auf dem Spiel, viel eher für die Oppositionsparteien, da die neue Konstellation nicht nur zu einer Änderung der derzeitigen Kräfteverhältnisse unter ihnen führt, sondern auch Auswirkungen auf die interne Situation in den einzelnen Parteien haben kann.

Allein schon an den Zahlen lässt sich erkennen, dass die MSZP trotz der schweren Niederlage wieder ein Potenzial besitzt, wobei für sie und auch die neuen Kleinparteien eine Neubewertung der eigenen Situation und Rolle unvermeidlich ist. Fraglich ist nur, ob die größte Oppositionspartei die Chance, die die eingetretene „Zwangspause“ in der Machtausübung birgt, nutzen und in dreieinhalb Jahren wieder an Stärke gewinnen kann.

6. „Selbstsicheres Regieren“

Die Regierungsparteien waren also in der Lage, ihre führende Stellung in der Wählergunst vom Frühjahr zu halten, ja sogar noch etwas auszubauen, was zeigt, dass sich in dieser Hinsicht die „kalte Wahlkampagne“ von FIDESZ-KDNP gelohnt hat. Dahinter verbirgt sich aber auch, dass sie die Sommermonate und den September überstanden haben, ohne in den Augen der Öffentlichkeit Fehler begangen zu haben, aber auch ohne konkrete Pläne vorzustellen. Dafür, dass sich die Beurteilung der Orbán-Regierung seit ihrem Sieg nicht sehr änderte, hatte man gründlich vorgesorgt: die „Zweidrittel-Ermächtigung“ wurde ununterbrochen kommuniziert, staatliche Institutionen und Medien wurden umgebaut und personell weitgehend neu besetzt. Was zu Stimmenverlusten hätte führen können, wurde verschwiegen, obwohl seit Amtsantritt der neuen Regierung Fehler sowohl in wirtschaftlicher als auch diplomatischer Hinsicht gemacht wurden. Auch mit der öffentlichen Bekanntgabe ihrer wirtschaftlichen Maßnahmen wartete man bis zu den Kommunalwahlen, bzw. man kommunizierte sie anders als gesetzlich vorgeschrieben. All das konnte auch die Opposition in der Öffentlichkeit nicht mit entsprechendem Nachdruck betonen. Sie war auch nicht fähig, das eigene Wählerlager hinreichend zu mobilisieren. Das wiederum ist ein Zeichen dafür, dass die MSZP ihre Verluste und das zauderhafte Bemühen, sich wieder nach oben zu arbeiten, oft einer unzulänglichen Kommunikation und Organisation zu verdanken hat. Dagegen baute der FIDESZ so stark auf seine populistische „revolutionäre“ Rhetorik, dass noch nicht einmal die Maßnahmen, mit denen er die Grundpfeiler der Rechtsstaatlichkeit erschüttert, wie zum Beispiel die Besetzung des Staatlichen Rechnungshofes mit Parteifreunden aus der Provinz oder der Austritt des neuen Staatspräsidenten aus dem FIDESZ nur einen Tag vor seiner Amtseinführung, größere Antipathien ausgelöst haben.

An den politischen Kräfteverhältnissen hat sich demzufolge seit dem Frühjahr durch die jetzigen Wahlen im Wesentlichen zwar nichts geändert, aber eine jede im Parla-

ment vertretene Partei kann aus ihnen Lehren für die eigene Politik ziehen. Als Ministerpräsident Viktor Orbán die Ergebnisse einschätzte, sprach er wiederholt nur davon, dass das Jahr 2010, ebenso wie 1990, in die Annalen eingehen wird, bzw. dass Budapest nach zwanzig Jahren wieder zur Hauptstadt des Landes geworden ist.

Nach den Kommunalwahlen ist für die Orbán-Regierung die „honey-moon“-Periode abgelaufen und die Zeit für konkrete Politik und Entscheidungen gekommen. Ab jetzt muss die Regierung Orbán mit einschneidenden – und unpopulären – Strukturveränderungen beginnen. Binnen weniger Wochen muss über den Haushalt 2011 verhandelt werden, unvermeidliche kommunale Umstrukturierungen werden folgen, das Steuersystem muss reformiert und politische „Schlachtfelder“, wie das Gesundheits- und Bildungswesen, müssen betreten werden.

Nach mehreren Monaten des Wartens und der Geduld sind auch die internationalen Rating-Agenturen und Anleger neugierig, Konkretes zur ungarischen Wirtschaftspolitik und -strategie in den kommenden Jahren zu erfahren. Nach einer Politik des „wirtschaftlichen Befreiungskampfes“, die zwar die Wählerstimmen maximierte, für die ungarischen Außenbeziehungen aber gefährlich und schädlich war, müssen nun konkrete Maßnahmen der Regierung auf den Weg gebracht werden.

Nicht bewahrheiten werden sich jedoch die Theorien, nach denen das regierende Parteienbündnis das bisherige Tempo der „revolutionären“ Gesetzgebung verlangsamen wird, weil es unhaltbar und unbegründet sei. Vielmehr muss es das Tempo in der nächsten Zeit, nicht nur wegen des bereits bekannten Herbstprogrammes für die Gesetzgebung, noch anziehen, wenn die neue Verfassung und die mit Verstaatlichungen verbundene Reform der öffentlichen Verwaltung ohne größeren Popularitätsverlust über die Bühne gebracht werden sollen. An diese Aufgaben können sich die Regierungsparteien im Wissen um die Befürwortung durch eine große Wählerschaft machen, und nach dem bisher erlebten Regierungsstil zu urteilen, bei dem sie ihre Zweidrittelmehrheit im Parlament gänzlich ausnutzten und Berufs-

bzw. Gewerkschaftsorganisationen aus jedweden Konsultationen ausschlossen, werden sie auch mit ihrer kommunalen Überlegenheit nicht gerade vorsichtig umgehen.

Theoretisch folgen nun drei wahlfreie Jahre, was die Spannungen noch verstärken kann, da die Gebietskörperschaften, deren überwiegende Mehrheit nun der FIDESZ beherrscht, von Strukturreformen betroffen sein werden, mit denen die Regierungszentralisierung vorangetrieben werden soll. Dabei werden bestimmte Aufgaben der staatlichen Hand übertragen und auch die Rolle der kommunalen Gebietskörperschaften neu überdacht, was unter den Interessengruppen innerhalb der Regierungsparteien leicht zu Gegensätzen und Spannungen führen kann. So ist für sowohl Viktor Orbán als auch den FIDESZ eine der wichtigsten Fragen die, inwieweit sie fähig sein werden, Regierungsvorhaben mit den örtlichen Interessen ihrer eigenen Leute zu vereinbaren. Bei den Kommunalwahlen hat sich nämlich auch gezeigt, dass die Macht der Parteizentralen im Falle der Gebietskörperschaften eingeschränkt ist.

Gleich mehrere Fälle beweisen, dass sich die Aufstellung von Kandidaten gegen den Willen örtlicher Sympathisanten gerächt hat. In Csorna und Pilisvörösvár zum Beispiel zog der FIDESZ seine Unterstützung für die bisherigen Bürgermeister zurück, die dann aber doch gewählt wurden, nunmehr allerdings als Vertreter ziviler Organisationen. In Vác besiegte ein unabhängiger Kandidat, den die KDNP inoffiziell unterstützte, und in Gödöllő ein früherer Verbündeter, dem man in den Rücken gefallen war, die FIDESZ-Kandidaten. Gerade deshalb müssen die Regierungsparteien alles tun, damit ihre loyalen Parteipolitiker vor Ort nicht in Interessenkonflikte zum Beispiel mit den Regierungsbeauftragten geraten, die das Kabinett, ausgestattet mit fast allen Vollmachten, ab Januar an die Spitze von Regierungsämtern in den Komitaten stellt. Daneben muss das FIDESZ-Kabinett auch mit der unglaublich hohen Verschuldung der Gebietskörperschaften fertig werden, was sich als eine weitere Konfliktquelle herausstellen kann. Bekannterweise stehen neun der zehn Kommunen, die die Topliste der größten

Schuldner anführen, unter der Führung des FIDESZ.

Auch bisher schon war offensichtlich, dass FIDESZ und KDNP ein „Erstarken“ der Opposition mittels Kriminalisierung der linken politischen Elite - genauer gesagt: der MSZP – leicht verhindern können. Damit muss auch in Zukunft gerechnet werden, und zwar so lange wie sie mit Fingerzeig auf die Vergangenheit, genauer auf die Sozialisten, politisieren und sich vor den Wählern automatisch als positive Alternative darstellen können.

Weiterhin kündigt sich für die nächste Zeit der FIDESZ-Regierung noch ein anderer interessanter Aspekt an: die Chancen der Rechtsextremen auf weiteren Bodengewinn unter Ausnutzung der derzeit sinkenden Unterstützung für die Jobbik zu verringern. Deshalb muss die Regierung die Führung bei Fragen, die für radikale Wähler wichtig sind, übernehmen, so zum Beispiel bei der Roma-Integration. Unterstützt werden diese Vermutungen unter anderem dadurch, dass man den Radikalen bei symbolischen Fragen der Nation schon im Sommer zuvorkam und dieses, ihr Thema auch nach dem 3. Oktober als Erstes aufgriff. Das lässt darauf schließen, dass die Zigeunerfrage tatsächlich weiter im Mittelpunkt des politischen Diskurses stehen wird. Nach Meinung von Zoltán Balog ist es heute auf dem Arbeitsmarkt, in der Bildung und in anderen Bereichen in der großen Mehrheit der Fälle ein Nachteil, im heutigen Ungarn als Zigeuner geboren zu werden. Das erklärte der neue Staatssekretär für Soziale Integration, als zwei Tage nach den Kommunalwahlen der Interministerielle Ausschuss für Zigeunerfragen unter seiner Leitung gebildet wurde.

7. Die MSZP nach den Kommunalwahlen - zur Umstrukturierung verurteilt

Abgesehen von 1990 hat die MSZP bei den diesjährigen Kommunalwahlen ihr schlechtestes Ergebnis erreicht. In dieser Hinsicht wird es für die Linke nur ein schwacher Trost sein, dass einerseits die Zahl der von ihr geführten Gebietskörperschaften auf ein Drittel gesunken, andererseits aber ihr Wahlergebnis etwas besser als im Frühjahr ausgefallen ist. Insgesamt gesehen ist es

für die sozialistische Partei nun ein Muss, Zeit für eine selbstkritische Bewertung des Weges, der zum heutigen Zustand geführt hat, für ein Neudenken, den Neuaufbau und letztendlich für eine vollständige Erneuerung zu finden. Dazu ist die bisherige auf die Angst um die Demokratie in Ungarn aufbauende Scheineinheit nicht geeignet. Ein glaubhafter Hintergrund muss geschaffen werden. Auf kurze Sicht ist die traurige Situation von heute für einen Bodengewinn als Partei des Wandels ungeeignet, obwohl sich am 3. Oktober auch gezeigt hat, dass die gesellschaftliche Einbettung der MSZP im Land noch immer – und trotz der Niederlage – recht groß ist. Wenn sich das Schwächeln der LMP als dauerhaft erweist und die Regierung fähig ist, die ideologischen Inhalte der Jobbik abgekühlt zu vertreten, so haben die Sozialisten mittelfristig vielleicht eine Chance, tatsächlich wieder als Partei des Wandels ernst genommen zu werden. Natürlich kann die MSZP nur dann hoffen wieder zu erstarren, wenn sie ihre organisatorische Einheit bewahren kann. In den Tagen nach den Wahlen jedoch zeigten sich vermehrt eher Anzeichen für ein Auseinanderdriften der MSZP, die den Eindruck verstärkten, dass die bisherige Regierungspartei (auch) in der Zeit der Opposition in mehrere verschiedene Interessengruppen gespalten ist.

Unmittelbar nach dem Ausgang der Kommunalwahlen verließ die frühere Parlamentspräsidentin und Führungsfigur des links-nationalen Flügels der Partei Katalin Szili die MSZP und übernahm die Führung einer von ihr 2009 gegründeten neuen linksgerichteten Partei („Soziale Union“). Im Parlament will Szili ihre Arbeit als unabhängige Abgeordnete fortführen, obwohl die MSZP-Führung Szili zur Niederlegung ihres Mandats aufgefordert hatte, weil sie als Abgeordnete einer Komitatsliste nur dank der Partei ins Parlament gekommen war. Schon seit langem manövriert die ehemalige Parlamentspräsidentin an der Grenze links von der Partei und oft auch in klarem Konfrontationskurs gegen die alte wie die neue MSZP-Führung unter Attila Mesterhazy.

Ihre Chancen auf ein politisches *comeback* mit der neuen Partei werden allerdings als gering eingeschätzt. Dennoch löste dieser Bruch mit einer der früher beliebtesten

MSZP-Spitzenpolitikerin in der Partei Schockwellen und weitere innerparteiliche politische Aktionen aus. So meldete sich nach den Kommunalwahlen auch Ferenc Gyurcsány öffentlich wieder zu Wort: Der Ex-Ministerpräsident, der wegen seiner „Lügen-Rede“ von Öszöd 2006 seine öffentliche und parteiliche Reputation aufs Spiel gesetzt und verloren hatte, kündigte zwei Tage nach den Wahlen an, innerhalb der MSZP eine neue Plattform namens Demokratische Koalition ins Leben zu rufen.

Als Begründung gab er an, den Standpunkt der MSZP bezüglich ihrer Umgestaltung in eine offene Mittellinks-Partei und der dafür notwendigen innerparteilichen Veränderungen vertreten zu wollen. Außerdem setzte sich die neue Gyurcsány-Sektion für ein „Ungarn der 89er Ideen“, für ein freies, gerechtes Land der Bürger nach westlicher Prägung ein. In seinen derzeitigen Erklärungen betont der ehemalige Regierungschef, persönliche oder Machtkämpfe jeder Art vermeiden zu wollen. Allerdings wird er wohl nicht allen Angriffen aus dem Weg gehen können, hat doch der im Juli gewählte Parteivorsitzende Attila Mesterhazy, mit Blick auf den Ex-Ministerpräsidenten, nicht ohne Grund Angst um seine Position. Noch dazu genießt Mesterhazy, der zur jungen Generation gehört und kein Unbekannter ist, aber trotzdem keine Rundumerneuerung bringen wird, innerhalb der Partei eine möglicherweise nur vorübergehende Unterstützung. Zweifelsfrei ist dagegen, dass sich der junge Parteivorsitzende – im Gegensatz zu Gyurcsány – u.a. der Unterstützung des einflußreichen MSZP-Schatzmeisters László Puch und seiner Gruppe sicher sein kann. Aus Gyurcsánys Sicht ist jedoch nicht sicher, ob der Zeitpunkt für seine Rückkehr richtig gewählt war, denn auch jetzt noch löst allein schon seine Person bei den Wählern starke Emotionen aus. Deshalb wiederum kann er leicht zu einem Mittel in der Rache- und Strafpolitik der Orbán-Regierung werden. Auf der anderen Seite besitzt er bis heute eine starke Anhängerschaft an der Parteibasis. Da sich aber die Rhetorik der Regierungsparteien und Radikalen eindeutig gegen ihn richtet, ist es vorerst noch nicht zu seiner „Rehabilitierung“ durch die öffentliche Meinung gekommen.

Zu einem weiteren großen Problem für die MSZP können die Parteifinanzen werden. Inoffiziellen Berichten zufolge besteht der größte Unsicherheitsfaktor mit Blick auf die Zukunft der Sozialisten darin, dass die fortlaufenden Betriebskosten die legalen Einnahmen der MSZP übersteigen werden. Noch dazu haben gerade FIDESZ und KDNP das Parteienfinanzierungsgesetz per Popularitätsantrag nicht in Richtung einer sauberen Parteienfinanzierung abgeändert. Infolgedessen sanken die staatlichen – und so zumindest mehr oder weniger transparenten – Einnahmen der Parteien. Gleichzeitig aber wurde bei den Regeln für die Verwendung dieser Gelder keine Ordnung geschaffen. Nachdem die MSZP-Mitglieder in großer Zahl keine bezahlten politischen Aufgaben mehr versehen (wegen des schlechten Abschneidens sowohl bei den Parlaments- als auch Kommunalwahlen), stellt möglicherweise auch die Frage, wie die eigene Funktionsfähigkeit erhalten werden kann, eine parteiinterne Spannungsquelle dar. Hiermit verbunden ist wiederum die Frage, woher die Mittel kommen und wie diese gegebenenfalls verwendet werden sollen, um die eigene Organisation neu aufzubauen, aufzufrischen und zu verjüngen.

Sicher ist auf jeden Fall, dass die Chancen der Sozialisten, verlorenes Vertrauen und Terrain wieder zurück zu gewinnen, hauptsächlich durch ein neues Image, das auch gesellschaftliche Unterstützung findet und auf Popularität abzielt, erheblich steigen würden. Unter Führung eines Politikers mit tadellosem Leumund, der sozialdemokratisches Denken glaubwürdig vertritt, hätte die MSZP die Möglichkeit, ihre Reihen zu ordnen, interne Bruchlinien zu überwinden, eine neue Strategie zu erarbeiten und eine Einheit zu bilden. All das würde dazu beitragen, bei den nächsten Parlamentswahlen

als Partei des Wandels Erfolg zu haben. Ein Mensch allein reicht aber nicht aus. Eine Einheit ist nötig, wozu zwangsläufig auch die Läuterung der MSZP-Politikerelite gehört. Ganz offensichtlich stellt die MSZP so lange keine wirkliche Bedrohung für die Regierungsparteien dar, wie Mitglieder aus ihren Reihen zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden können – seien es Parlaments- oder Kommunalabgeordnete. Analysten zufolge ist nicht nur die daraus folgende Stigmatisierung schuld an der Niederlage der MSZP, sondern auch ihr Versagen in der Kommunikation und ihr immer größerer Abstand zu den Menschen.

Die Chancen der Linken liegen also nicht nur in einer internen Neuordnung, sondern in der Kommunikation von Läuterung und Blutauffrischung, in der glaubwürdigen Formulierung neuer politischer Richtlinien sowie in der Schaffung oder Wiederherstellung sozialer Beziehungen. In den zurückliegenden Monaten war die wichtigste Aussage von Tibor Szanyi, dem Leiter der MSZP-Wahlkampagne, folgende: Als Lehre aus der Niederlage hat sich die MSZP neu definiert. Sie möchte zur „Partei der Lohn- und Gehaltsempfänger“ werden. Damit diese Botschaft bei den Wählern, die sich zu linken Werten bekennen, auch ins Ziel trifft, muss die Partei bestehende soziale Netzwerke, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber vertreten, ferner Interessen- und Rechtsschutzvereinigungen sowie Zivilorganisationen ständig und nicht nur in Kampagnen unterstützen. Auf längere Sicht können nur ein gerade auf persönlichen Kontakten basierender Organisationsaufbau bzw. eine steigende Parteimitgliederzahl, die eventuell auch drohende Liquiditätsprobleme lösen würde, und eine wachsende öffentliche Zustimmung zur Stärkung der Linken beitragen.

Anlage

1. Ergebnisse der Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt in Budapest

István Tarlós	FIDESZ-KDNP	321 908 Stimmen	53,37 %
Csaba Horváth	MSZP	177 783 Stimmen	29,47 %
Benedek Jávor	LMP	59 638 Stimmen	9,89 %
Gábor Staudt	JOBBIK	43 839 Stimmen	7,27 %

2. Ergebnisse der Parteikandidaten bei der Bürgermeisterwahl

	Bürgermeister- kandidaten	Gewählte Bürgermeister	Erzieltes Ergeb- nis
Fidesz-KDNP	1143	598	52,3 %
MSZP	193	49	25,4 %
Jobbik	214	3	1,4 %
LMP	26	1	3,8 %

3. Reihenfolge und Ergebnisse unabhängiger Kandidaten und nominierender Organisationen (Tabelle enthält nur die Ergebnisse der Parlamentsparteien und unabhängigen Kandidaten.)

	Organisationen und Unabhän- gige	Bürgermeister	Abgeordneten- gremien			Budapester Stadt- und Komitatsparlamente	Insgesamt	
			Unter 10.000 Ew.	Über 10.000 Ew.	Gesamt		Mandate	%
1	Unabhängige	2 473	12 608	70	12 678	0	15 151	64,17
2	FIDESZ-KDNP	598	1 592	1 365	2 957	261	3 814	16,15
3	MSZP	49	111	342	453	89	591	2,50
4	JOBBIK	3	147	166	313	61	377	1,60
5	LMP	1	4	44	48	5	54	0,23